

Projektbeschreibung

„Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ (SVEB), 2026-2027

I. Ausgangssituation und Einordnung des Modellprojekts

Seit vielen Jahren organisieren sich Überlebende, Betroffene und Angehörige rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Initiativen, um die erlebte Gewalt aufzuarbeiten, Erinnerung wachzuhalten und gesellschaftliche sowie politische Verantwortung einzufordern. Diese Initiativen leisten eine unverzichtbare Arbeit an der Schnittstelle von Gedenken, politischer Bildung, öffentlicher Aufklärung und Interessenvertretung. Ihre Arbeit ist eng mit persönlichen Erfahrungen von Gewalt, Verlust, Marginalisierung und institutionellem Versagen verbunden und erfolgt vielfach unter prekären strukturellen Bedingungen, häufig ehrenamtlich und ohne langfristige Absicherung. Besonders aufgrund dieser Tatsachen müssen die von den Betroffenen über Jahrzehnte aufgebauten Strukturen, Wissensbestände, Netzwerke und Erinnerungsprojekte als eigenständige Leistungen anerkannt und entsprechend gewürdigt werden.

Das Projekt „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden – gemeinsam gestalten und handeln“ setzt an dieser Ausgangslage an. Es knüpft an die aufgebauten Netzwerke, Arbeitsweisen und Strukturen an und verfolgt das Ziel, diese systematisch weiterzuentwickeln und langfristig zu stabilisieren. Das Projekt wird von der Amadeu Antonio Stiftung koordiniert und fachlich begleitet. Die beteiligten Initiativen setzen die Projektinhalte – entlang der Bedarfe der Betroffenen – eigenständig in ihren jeweiligen lokalen, regionalen oder thematischen Kontexten um und tragen die Projektziele in ihre Wirkungsräume.

II. Zielsetzung des Modellprojekts

Das Modellprojekt verfolgt das übergeordnete Ziel, Initiativen von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in ihrer selbstbestimmten Arbeit nachhaltig zu stärken und ihre dauerhafte Handlungsfähigkeit zu sichern. Die Zielsetzung umfasst mehrere miteinander verbundene Ziele, die gemeinsam die Wirkung des Projekts entfalten.

Ein zentrales Ziel ist der gezielte Ausbau der **Sichtbarkeit von Betroffenenperspektiven**. Die Initiativen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Erfahrungen, Analysen und Forderungen stärker in gesellschaftliche, politische, fachliche und mediale Diskurse einzubringen. Sichtbarkeit wird

dabei als Voraussetzung für Anerkennung, politische Wirksamkeit und gesellschaftliche Teilhabe verstanden.

Ein weiteres wesentliches Ziel ist die **Sicherung und Weiterentwicklung nachhaltiger Strukturen** innerhalb der Initiativen. Dazu gehört der Aufbau stabiler organisatorischer und personeller Grundlagen, die es den Initiativen ermöglichen, kontinuierlich zu arbeiten, Verantwortung zu übernehmen und langfristig zu planen.

Darüber hinaus verfolgt das Modellprojekt das Ziel, fachliche, methodische und organisatorische **Kompetenzen systematisch auszubauen**. Die Initiativen sollen ihre Arbeit in den Bereichen Erinnerungskultur, politische Bildung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Advocacy professionalisieren und qualitativ weiterentwickeln können.

Ein weiteres Ziel besteht in der gezielten Stärkung der **Advocacy- und Interessenvertretungsarbeit**. Die Initiativen sollen befähigt werden, ihre Anliegen gegenüber Politik, Verwaltung und Institutionen wirksam zu vertreten, politische Prozesse mitzugestalten und an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Das Projekt verfolgt zudem das Ziel, **Vernetzung, Austausch und Empowerment** zu konsolidieren und auszubauen. Die Initiativen sollen weiterhin als Teil eines bundesweiten und transnationalen Netzwerks agieren, voneinander lernen, gemeinsame Strategien entwickeln und solidarisch zusammenarbeiten.

Ein weiteres Ziel ist die Weiterentwicklung **selbstbestimmter Erinnerungspraxis**. Die Initiativen sollen eigene Formen des Gedenkens gestalten, weiterführen und dauerhaft in lokale, regionale und bundesweite Erinnerungskulturen einbringen.

Schließlich verfolgt das Modellprojekt das Ziel, **Bildungsarbeit** zu verstetigen und institutionell zu verankern. Bildungsangebote aus Betroffenenperspektive sollen weiterentwickelt, erprobt und langfristig gesichert werden.

Alle Ziele basieren auf den konkreten Bedarfen der jeweiligen Betroffenen. Sämtliche Maßnahmen werden partizipativ gemeinsam mit den Initiativen geplant, umgesetzt und fortlaufend weiterentwickelt.

III. Zielgruppen

Das Modellprojekt richtet sich in erster Linie an Initiativen von Betroffenen, Überlebenden und Angehörigen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie an die bei ihnen engagierten Betroffenen, Ehrenamtlichen und Unterstützer*innen.

IV. Maßnahmen und Aufgabenverteilung

Ein zentraler Maßnahmenbereich ist der strukturelle Aufbau und die Absicherung der Arbeit der Initiativen. Hierzu zählen die Finanzierung von Koordinations- und Projektstellen, die Sicherung von Arbeits-, Begegnungs- und Gedenkräumen sowie die Weiterentwicklung administrativer und organisatorischer Grundlagen. Ergänzend werden Reflexions-, Supervisions- und Selbstsorgeformate ermöglicht, um den hohen emotionalen Anforderungen der Arbeit nachhaltig begegnen zu können.

Ein weiterer Maßnahmenbereich umfasst den Ausbau von Kompetenzen. Die Stiftung organisiert thematische Workshops, Fortbildungen und Austauschformate, unter anderem zu politischer Bildungsarbeit, Organisationsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Selbstsorge und Advocacy. Die Initiativen nehmen an diesen Formaten teil, übertragen die erworbenen Kenntnisse in ihre Arbeit und entwickeln sie bedarfsgerecht weiter.

Das Modellprojekt beinhaltet darüber hinaus Maßnahmen zur Förderung selbstbestimmter Erinnerungspraxis. Die Initiativen entwickeln, organisieren und realisieren Gedenkveranstaltungen, Erinnerungsprojekte, Dokumentations- und Archivierungsformate sowie digitale Formen des Erinnerns. Die Stiftung begleitet diese Prozesse fachlich und unterstützt bei der Vernetzung mit erinnerungspolitischen Akteur*innen.

Ein weiterer zentraler Maßnahmenbereich ist die Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit. Die Stiftung unterstützt die Initiativen bei gemeinsamen Positionen, der Vorbereitung von Fach- und Dialogformaten mit Politik und Verwaltung sowie bei der Erstellung von Stellungnahmen, Handlungsempfehlungen und Materialien. Die Initiativen bringen ihre Perspektiven aktiv in diese Prozesse ein, beteiligen sich an Gesprächen und Dialogen und setzen Advocacy-Aktivitäten in ihren jeweiligen Kontexten um.

Zudem umfasst das Projekt Maßnahmen zur Vernetzung und zum Austausch. Die Stiftung organisiert regelmäßige bundesweite projektinterne Arbeitstreffen sowie gegebenenfalls internationale Austauschformate. Diese dienen der gemeinsamen Reflexion, dem

Wissenstransfer und der Entwicklung kollektiver Strategien. Die Initiativen beteiligen sich aktiv an diesen Treffen, bringen ihre Erfahrungen ein und gestalten die Inhalte.

Ein weiterer Maßnahmenbereich ist die Weiterentwicklung und Verstetigung der Bildungsarbeit. Die Initiativen entwickeln Bildungsangebote, Workshops, Schulgespräche und Materialien aus Betroffenenperspektive. Die Stiftung unterstützt die Entwicklung gemeinsamer Module und Handreichungen zur betroffenenzentrierten Bildungsarbeit und begleitet die fachliche Qualitätssicherung.